

auch Ihre Parteifreunde, wir seien da nicht sauber finanziert, wir hätten nicht rechtzeitig mit dem Bund gesprochen. Wir haben vor Beginn der Baumaßnahme den Bund darauf angeschrieben. Mein Vorgänger hat an die Vorgängerin der jetzigen Bundesjustizministerin alle erforderlichen Anfragen gestellt und Unterlagen geliefert. Wir sind im Gespräch, wir werden zu einer Finanzierung kommen.

Was ich aber nicht akzeptiere, ist, dass Sie überhaupt nicht davon reden, was die Alternative gewesen wäre. Sie wäre nämlich gewesen, entweder die Anwohner des alten Prozessgebäudes Tannenstraße zu gefährden. Die Alternative hätte auch sein können, dass wir jedes Mal, wenn Prozesse sind, ganze Teile der Innenstadt absperren. Eine weitere Variante wäre gewesen, die Angeklagten aus der Haft laufen zu lassen, weil wir den Prozess nicht durchführen könnten. Das sind Risiken für den Rechtsstaat, die man vorher bedenken sollte, bevor man sich bei Finanzierungsfragen so weit aus dem Fenster lehnt.

Um zum Abschluss zu kommen, meine Damen und Herren: Wir werden an den bewährten Strukturen der Justiz festhalten. Wir werden übrigens auch bei der Frage, ob wir einmal leichthin einfach Privatisierungen in großem Umfang vornehmen - ich meine jetzt nicht die Projekte, die wir sehr moderat im Rahmen des Strafvollzugs vortreiben -, etwa bei der Frage von Registern, die wir führen, die bei uns gut laufen, bei der Frage, ob wir bei den Gerichtsvollzieher privatisieren, ob wir die ZPO-Reform leichtfertig aufgeben sollten, Kante halten und eine klare Kante ziehen, damit die Justiz weiß: An dieser Stelle hat sie Verlässlichkeit. Diese wird sie weiter von der Führung des Hauses bekommen. Dafür bietet dieser Haushalt einen guten Rahmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Gerhards. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 04** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4804. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe den **Bereich 12** auf:

Europa und Eine-Welt

Damit sind die Einzelpläne 02 - Ministerpräsident - und 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - angesprochen.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4802 und 13/4810.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Keller für die CDU-Fraktion das Wort.

Ilka Keller (CDU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2004 ist für das europäische Haus sehr wichtig. Es ist festzuhalten, dass das Haus ein neues Fundament braucht, weil die große Osterweiterung ansteht. Ich hoffe, dass das Dach durch die europäische Verfassung noch verstärkt werden kann. Es ist aber auch wichtig, dass die Bundesländer ihre Zimmer in diesem Haus in Ordnung bringen.

Wir haben das Gefühl, dass die Landesregierung dieser Herausforderung nicht gerecht wird, weil der Etat für Europa gerade erst wieder sehr stark gekürzt wurde. Das bedauern wir sehr; denn ich denke, dass das einem Land mit über 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht angemessen ist.

Herr Minister Kuschke, Sie selbst haben im Ausschuss erwähnt, dass die Schmerzgrenze erreicht sei. Das sehen wir ähnlich. Aus unserer Sicht ist die Schmerzgrenze nämlich eigentlich sogar schon überschritten.

Wir sind das Exportland Nummer 1. Wohin soll das Geld nun fließen? Wir sind sehr erstaunt darüber, dass nach Ihrer Änderung des Ansatzes 400.000 € nach Japan fließen und dieser Etat im Jahre 2005 sogar auf 1,4 Millionen € ausgedehnt werden soll. Wir finden es etwas grotesk, dass - ausgehend von einem Gesamtetat von ca. 3,3 Millionen € - etwa die Hälfte des Geldes in den Pazifik fließt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Das ist nicht gerechtfertigt.

Das Gleiche gilt für die Kürzungen im Bereich der Euregios, der innereuropäischen Zusammenarbeit und der europäischen Wissensgesellschaft sowie für die Tatsache, dass man auch die Mittel für sehr bürgernahe Projekte wie den Europäischen Schülerwettbewerb, was einen lapidaren Betrag von 20.000 € ausmacht, zusammenstreicht.

Europa muss auch von unten her weiter erlebbar bleiben. Wir bedauern sehr, dass Sie nicht entsprechend handeln.

Ich sagte es schon: Wir sind Exportland Nummer 1 in Europa. Wir exportieren z. B. nach Frankreich, in die Niederlande, nach Großbritannien und nach Polen. Hier müssen wir unsere Gewichtete ausbauen. Es ist ganz wichtig, dass der Finanzrahmen für die Zeit nach der Erweiterung über das Jahr 2006 hinaus festgeschrieben wird. Auch die Entscheidung darüber, welche Strukturmittel wir über 2006 hinaus vielleicht noch erhalten, steht in den nächsten Tagen an. Dies ist eine ganz wichtige Diskussion. Ich meine, man muss den Europahaushalt als sehr mager bezeichnen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Haushalt für die Eine-Welt-Politik sagen. Aus unserer Sicht ist dieser Haushalt besser strukturiert, und zwar nicht, weil die Landesregierung durch ein Damaskus-Erlebnis aufgerüttelt worden ist, sondern weil aufgrund des Sparzwangs die Gießkannenpolitik in der kommunalen Zusammenarbeit gestrafft worden ist. Wir haben schon immer angemahnt, dass hier eine Konzentration notwendig ist und dass man besser zum Ziel kommt, wenn man das Geld gezielter einsetzt.

Da im Bereich des Fundraisings Sponsorengelder nur im Umfang von 0,5 % hereinkommen, muss nach unserer Meinung - das vermissen wir - hinterfragt werden, was mit dem Aufbau der Eine-Welt-Lobby, dem eigentlichen Sponsoring und der Einwerbung der privaten Mittel ist. Wir haben uns für die nächsten Monate vorgenommen, hier ins Detail zu gehen, weil das unseres Erachtens nicht ausreicht. 0,5 % an Sponsorengeldern sind eindeutig zu wenig. Ich denke, hier kann eine Menge geschehen. Dies kann in Zukunft noch erheblich ausgeweitet werden.

Ich komme zum Abschluss: Zum Haushalt für die Eine-Welt-Politik sagen wir Ja, zum anderen Haushalt, zum Europaetat, sagen wir Nein, weil dieser aus unserer Sicht für die nächste Zeit nicht ausreicht.

Herr Minister, ich hoffe, dass Sie für die Zukunft deutlich machen können, dass das Engagement des Landes für Europa nicht weiter eingefroren wird.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin!

Ilka Keller (CDU): Im Gegenteil: Sie müssen gerade auch im Hinblick auf die anstehende Osterweiterung, durch die enorme Gefahren - z. B. die des Verlusts von Arbeitsplätzen - für uns entstehen, hier deutlich machen, wie Sie diesen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden wollen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Sie dreht eine Runde nach der anderen.

Ilka Keller (CDU): Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Keller. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Sikora das Wort.

Gabriele Sikora (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, zu später Stunde stehen nun auch "Europa" und "Internationale Angelegenheiten" als Bereiche auf der Tagesordnung, die ebenfalls einen Konsolidierungsbeitrag erbringen mussten. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 werden die Gesamtausgaben im Jahr 2004 um 18 % gekürzt, im Jahr 2005 um 5 %.

Das bedeutet natürlich auch eine Konzentration bei der Pflege der Auslandsbeziehungen. In der Vergangenheit wurden Projekte in Rumänien, Ungarn und Russland gefördert. Ungarn gehört zu den Ländern, die wir in diesem Jahr als neue Mitglieder der Union begrüßen können. Das gilt auch für Polen mit unserer Partnerregion Schlesien. Mit Schlesien pflegen wir seit zehn Jahren eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit. Das bilaterale Wirken wurde noch ergänzt durch ein trilaterales Vorgehen zwischen Nord Pas de Calais, Nordrhein-Westfalen und Schlesien. Auch das wird in Zukunft weiter Bestand haben.

Neben der Zusammenarbeit mit Regionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat für uns die Benelux-Kooperation eine große Bedeutung. Es gilt, dort in den nächsten beiden Jahren die bisherige vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit zu vertiefen, geplante transnationale Netze auszubauen, Benchmarkingprozesse fortzusetzen sowie Hemmnisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abzubauen.

Über die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG stehen den vier nordrhein-westfälischen Grenzregionen in der Förderperiode 2000 bis 2006 so viele Mittel wie nie zuvor zur Verfügung. Unsere Grenzregionen nutzen diese Mittel umfangreich. In der letzten Ausschusssitzung haben wir erfahren können, dass nach der Hälfte der Förderperiode bereits 58 % der Mittel ausgeschöpft sind.

Der Europaausschuss hat im Kapitel 02 030 eine Ansatzkürzung rückgängig gemacht: Der Zuschuss für den Landesverband der Europa-Union ist wieder auf den Vorjahresansatz gebracht worden, und zwar weil der Landesverband der Europa-Union in der Vergangenheit als eine überpar-

teilich organisierte europäische Bewegung den europäischen Gedanken bei den Bürgerinnen und Bürgern aktiv vertritt und das in Zukunft fortführt. Die Europa-Union ist auch eingebunden in die Vorbereitung der Europaveranstaltung, die die Landesregierung zum Beitritt der zehn neuen EU-Länder für den 1. Mai geplant hat.

Die Informationsarbeit überlassen wir natürlich nicht nur solchen Organisationen. Informationsarbeit ist eine permanente Aufgabe. Entsprechend sind die Ansätze etatisiert. Informationsarbeit ist aber auch Aufgabe von uns allen hier. Die Kampagne zur Erweiterung der EU läuft seit geraumer Zeit mit gutem Erfolg. Die bevorstehende Europawahl wird hoffentlich noch einmal einen kräftigen Schub bringen.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle vor populistischer Polarisierung bei der Europawahl zu warnen. Das birgt die Gefahr einer unerwünschten Radikalisierung in sich, die keine verantwortungsvoll handelnde Partei wollen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die NRW-Wirtschaft hat es ganz gezielte Hinweise auf die mittel- und osteuropäischen Märkte gegeben. Die Exportzahlen der NRW-Wirtschaft nach Mittel- und Osteuropa übertreffen mittlerweile die für den Export nach Nordamerika. Der Europäische Binnenmarkt, der jetzt noch größer wird, war für unsere Wirtschaft sowieso ein Erfolg.

Über die Ziel-2-Mittel hat der Westdeutsche Handwerkskammertag eine Europaagentur eingerichtet, die ihre Mitglieder ständig auf EU-Projekte und -Programme aufmerksam macht. Wissenschaft und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen sind die größten Nutzer des 6. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union.

Die Leistung des Doppelhaushaltes besteht darin, für die EU-Ziel-2- und Ziel-3-Mittel die Kofinanzierung sicherzustellen.

Im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit machen - das haben wir eben bereits hören können - die europapolitischen Ansätze 464 Millionen € für das Jahr 2004 und 360 Millionen € für das Jahr 2005 aus.

Im Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind 136,34 Millionen € im Jahr 2004 und 138,67 Millionen € im Jahr 2005 für das Programm "Ländlicher Raum" veranschlagt worden. Nicht enthalten sind die direkten Zuwendungen der EU an landwirtschaftliche Betriebe, die im Jahre 2004 500 Millionen € und 530 Millionen € im Jahr 2005 betragen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz auf das Kapitel zur Eine-Welt-Politik im Einzelplan 10 eingehen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gabriele Sikora (SPD): Es hat weder im Fachausschuss noch im Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge der CDU-Fraktion zu diesem Kapitel gegeben. Es gab im Fachausschuss allerdings Änderungsanträge vonseiten der FDP, sämtliche Ansätze in diesem Bereich auf Null zu setzen. Diesem Bestreben haben wir natürlich nicht nachgegeben.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin!

Gabriele Sikora (SPD): Wir könnten in der Tat auf Entwicklungspolitik verzichten, wenn die Agrar- und Handelspolitik in der Welt den Entwicklungs- und Schwellenländern ein Mitmachen auf den Märkten ermöglichte. Dazu gehören der Abbau von Handelsschranken und die Aufhebung des Protektionismus.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Gabriele Sikora (SPD): Aber davon sind wir noch Lichtjahre entfernt. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Sikora. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion hält den von Rot-Grün für den Doppelhaushalt der Jahre 2004/2005 vorgelegten Haushaltsansatz im Bereich der Europa- und Eine-Welt-Politik für absolut nicht akzeptabel.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist eine Überraschung!)

- Herr Moron, passen Sie schön auf, ich erkläre Ihnen das gleich. Sie lernen heute noch etwas.

Während sich der Ansatz im Europabereich für dieses Jahr gerade einmal bei 3,3 Millionen € bewegt, haben wir im Eine-Welt-Bereich den doppelten Ansatz. Meine Damen und Herren, an der Stelle findet aus Sicht der FDP ganz klar eine falsche Prioritätensetzung statt.

Weil der Ansatz im Europabereich so gering ist, möchte ich den Schwerpunkt meiner Ausführungen auf das Handeln der Personen legen. Angesichts des Versagens der rot-grünen Landesregierung in der Europapolitik kann ich meine Enttäuschung nicht verbergen.

Wie wir in der letzten Ausschusssitzung erfahren mussten, kann das Kabinett Steinbrück noch kein europapolitisches Konzept für 2004 vorlegen. Im Jahr der EU-Erweiterung, wo wichtige Entscheidungen, auch was die Strukturmittel angeht, anstehen, ist dies ein unglaubliches Armutszeugnis. Außerdem muss man deutlich sagen, ist die Landesregierung in Brüssel so gut wie nicht vertreten.

Man muss sich das einmal vorstellen, meine Damen und Herren: Minister Kuschke und Frau Staatssekretärin Meckel sprechen von einem proaktiven Ansatz der Landesregierung und legen das Programm für ihre Europaaktivitäten erst im März vor. Dann ist ein Viertel des Jahres bereits vergangen.

Hinzu kommt, dass auch die beiden Verantwortlichen so gut wie gar nicht in Brüssel präsent sind. Minister Kuschke war während seiner Amtszeit gerade einmal zehn Tage in Brüssel präsent und Frau Staatssekretärin bei 20 Terminen. Das ist definitiv zu wenig. Hier nehmen wir nicht irgendeinen Maßstab als Ansatzpunkt, sondern Ihren Vorgänger, Herrn Minister Samland, der jede Woche in Brüssel präsent war und dafür gesorgt hat, dass Nordrhein-Westfalen in Brüssel stattfindet.

Meine Damen und Herren, wir sehen hieran, wohin die Häufung von Aufgaben führt. Der Chef der Staatskanzlei ist durch den Untersuchungsausschuss, durch die Verwaltungsreform, durch die Haushaltsberatungen so eingebunden, dass die Europapolitik nicht mehr stattfindet.

Gerade im Hinblick auf die im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung bevorstehenden Änderungen bei der EU-Strukturmittelförderung appelliere ich an die Landesregierung, so schnell wie möglich ein Konzept vorzulegen und endlich in Brüssel Flagge zu zeigen. Eine gute und umfassende Lobbyarbeit vor Ort ist in diesem Jahr wichtiger denn je.

Ich erspare es mir an dieser Stelle, obwohl ich es gerne tun würde, auf die Verfehlungen der Europapolitik seitens der Bundesregierung einzugehen, denn das wäre mit Sicherheit ein abendfüllendes Programm.

Stattdessen noch kurz einige Sätze zum Eine-Welt-Haushalt. Ich bin, Frau Ministerin Höhn, angesichts der geplanten Erhöhungen in Ihrem Eine-

Welt-Etat sehr erstaunt. Während in allen anderen Ressorts drastisch gekürzt wird, wird das Budget im Eine-Welt-Bereich in 2004 um sagenhafte 23 % aufgestockt.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Na ja!)

Meine Damen und Herren, das können wir als FDP-Fraktion nicht akzeptieren und haben deshalb Kürzungsansätze eingebracht. Es ist nicht akzeptabel, wenn in allen Bereichen - in der Jugendarbeit, in den Stadtbüchereien oder bei den Privatschulen - drastisch gekürzt wird, nur in diesem Eine-Welt-Bereich nicht. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel und deshalb lehnen wir den Haushalt ab. - Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. Vorbildlich in der Zeiteinhaltung. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommt jetzt Frau Koczy.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich behaupte, die Bedeutung Europas drückt sich umgekehrt proportional zum Haushaltsansatz aus, denn tatsächlich sind die Wirklichkeit und die Bedeutung Europas nicht im Haushaltsansatz im Einzelplan 02 wiederzufinden. Das hat seine Gründe, aber ich glaube, Ihnen allen ist klar, dass das Thema Europa etwas anderes ist als nur ein Haushaltsansatz, dass es hier darum geht, Themen zu bearbeiten,

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das ist meine Überzeugung!)

Themen wie z. B. Strukturfonds, Daseinsvorsorge, Verfassung, Osterweiterung. Es sind im Grunde Riesenthemen, die uns hier beschäftigen, und die werden ideell-virtuell abgearbeitet und nicht über Haushaltsansätze. Das ist ein ganz interessantes Phänomen. Ich denke, damit müssen wir uns auseinander setzen.

Leider hat aber auch dieser so kleine Haushaltsansatz noch weitere Kürzungen ertragen müssen. Ich würde auch zustimmen, wenn jemand sagt: Ja, das ist die unterste Schmerzgrenze; weiter geht es eigentlich nicht mehr, denn dann kann man sich als Europapolitikerin nicht mehr blicken lassen.

Wir haben 2004/2005 noch einmal 20 % eingespart. Ich denke, dass wir das in Bereichen getan haben, die nicht in die Strukturen einschneiden, sondern auf Feldern, die es noch vertragen können. Ansonsten, meine ich, kann es so nicht mehr weitergehen.

Es läuft auf jeden Fall noch etwas in Sachen "Benelux-Länder", also im Rahmen der Euregios. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, trotz der angespannten Haushaltslage die Zusammenarbeit weiterhin auf guten Beinen zu halten.

Wenn wir jetzt über die Herangehensweise an Europa diskutieren, dann hat Kollege Brockes schon auf den proaktiven Ansatz hingewiesen. Das ist ein ganz wichtiger Ansatz. Bislang war es so, dass im Ausschuss Europa- und Eine-Welt-Politik dieser proaktive Ansatz von allen Fraktionen unterstützt worden ist, nur die FDP hat plötzlich im Haushaltsverfahren entdeckt, dass sie hier etwas zu mäkeln hat, hat sich daraus zurückgezogen und kritisiert es etwas fadenscheinig.

Ich bin der Ansicht, dass diese Themen über Jahresfristen hinaus diskutiert werden können. Wenn das europäische Jahr eben von Februar bis Februar oder von März bis März reicht, ist es auch ein Jahr und es endet nicht am 31.12. Herr Brockes, da sind Sie ein wenig kleinlich. Das hätte ich von Ihnen nicht gedacht.

Meine Damen und Herren, alle, die etwas über den Tellerrand hinausschauen, wissen: Unser Land wird nicht nur von europäischen, sondern auch von globalen Ereignissen beeinflusst. Unsere Herangehensweise in NRW, die sich unter dem Titel Eine-Welt-Politik manifestiert hat, steht dabei auch auf zwei Beinen. Es geht nämlich darum, Globalisierung im Sinne nachhaltiger Politik sozialgerecht und umweltverträglich zu gestalten.

Uns ist von Expertenseite ins Stammbuch geschrieben worden, dass wir auf dreierlei Weise in Nordrhein-Westfalen Verantwortung für eine kohärente Eine-Welt-Politik tragen:

Einmal durch Finanztransfers durch die Weitergabe angepasster Technologien. Ich verweise auf die Konferenz "Renewables", die jetzt in Bonn im Juni stattfinden wird. Diese Konferenz ist tatsächlich eine wesentliche Weichenstellung auch für die Eine-Welt- und Dritte-Welt-Länder; dann geht es auch darum, Know-how zur Armutsbekämpfung zu transportieren.

Zweitens. Wo tragen wir noch Verantwortung? - Durch nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, die sich bei uns etablieren müssen, die bei uns erprobt und durchgeführt werden müssen.

Drittens. Wir müssen Bürgerinnen, Schülerinnen, Verbraucherinnen, Verbände, Unternehmen, Kommunen, Verwaltungen etc. durch Information, Aufklärung und Bildung für die Gedanken und die Erfordernisse der nachhaltigen Entwicklung und

der internationalen Verantwortung motivieren und mobilisieren.

Das sind die drei Bereiche, die für uns wesentlich sind. Das versuchen wir, in Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Dazu dienen die Promotorinnen, die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung, der konkrete Friedensdienst, die Mittel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und nicht zuletzt der Eine-Welt-Beauftragte der Landesregierung. Alle diese Bereiche spielen zusammen eine wichtige Rolle.

Daher bin ich schlichtweg entsetzt, wenn die FDP hier mit der Axt zum Kahlschlag eines Systems ausholt, das auch von vielen Ehrenamtlichen und bürgerschaftlichem Engagement getragen wird, und zwar auch von Jugendlichen, von Schülerinnen und Schülern.

Die FDP sagt plötzlich „Nein“ zu all diesen Ansätzen, diskreditiert die Eine-Welt-Politik als nachrangig und verkennt, dass das Wissen über globale Zusammenhänge wesentlich für das soziale und ökologische Überleben auf diesem Planeten ist. Das bedauere ich zutiefst. Die FDP hat sich ja in der letzten Zeit etwas aufgeschlossen gezeigt. Aber jetzt ist die Diskussion wahrscheinlich vorbei.

Ich sage nur ade zur FDP in der Eine-Welt-Politik. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Koczy. - Die verbleibenden fünf Minuten Redezeit für die Landesregierung teilen sich nun in der Reihenfolge Minister Kuschke und Ministerin Höhn.

Wolfram Kuschke, Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für die Unterstützung der Koalitionsfraktionen. Ich will durchaus ein Bild aufgreifen, Frau Abgeordnete Keller, das Sie benutzt haben: Auch in finanziell knappen Zeiten müssen wir das richtige Haus bauen.

Nach meiner Auffassung und der Auffassung der Landesregierung hat dieses europäische Haus von Nordrhein-Westfalen drei Stockwerke.

Beim ersten Stockwerk haben wir zu begleiten, was auf der Bundesebene läuft und was insbesondere die Interessen der Bundesländer berührt. Das haben wir beispielhaft beim Prozess der europäischen Verfassung auf den Weg gebracht.

Unter nordrhein-westfälischem Vorsitz der Europaministerkonferenz - begonnen von meiner geschätzten Kollegin Frau Kraft und fortgesetzt von mir - haben wir es geschafft, zu einer einheitlichen Auffassung der Bundesländer in der Stellungnahme zum Entwurf zur europäischen Verfassung zu kommen.

Zweitens. Wir haben zu berücksichtigen besondere Interessen von Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern - Stichwort: Strukturfonds, wo wir uns in einer einheitlichen Situation mit den anderen Ziel-2-Ländern befinden und in der Tat nach wie vor noch darum ringen, eine vernünftige Lösung für uns zu bekommen.

Wir haben das außerdem deutlich gemacht am Beispiel des Chemikalienrechts - zusammen mit Frau Kollegin Höhn und Herrn Kollegen Schartau, mit dem Planspiel, das wir mit außerordentlicher Resonanz und großem Erfolg auf der europäischen Ebene eingebracht haben. Ich glaube, das war ein gutes Beispiel dafür, wie ein Landesweg in der europäischen Politik aussehen muss.

Beim dritten Stockwerk geht es wirklich um ganz spezifische NRW-Probleme. Das betrifft beispielsweise die besondere geopolitische Situation und Lage des Landes Nordrhein-Westfalen, was die Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Benelux-Bereich anbelangt.

Ich verweise darauf: Dieses Haus umfasst nicht nur die Staatskanzlei, sondern die gesamte Landesregierung. Denn das, was wir auf der europäischen Ebene bewegen können, ist eine Gesamtleistung der Landesregierung.

Dann brauchen wir den richtigen Mörtel, die richtigen Baumaterialien - um in diesem Bild zu bleiben. Das ist der proaktive Ansatz, den wir weiterentwickelt haben. Die Themen, die wir im Arbeitsprogramm 2003 benannt haben, haben sich als die richtigen herausgestellt. Herr Kollege Brockes, die haben wir im März 2003 vorgestellt. Und im März 2004 machen wir jetzt das Gleiche. Sie brauchen keine Angst zu haben, dass wir bei unseren Aktivitäten irgendeinen Tag verlieren.

Wir werden uns in den nächsten Tagen mit dem Kohäsionsprozess zu beschäftigen haben. Wir haben uns mit dem Komplex EU-Erweiterung beschäftigt. Ich erinnere an die Beantwortung der Großen Anfrage. Das Gleiche gilt für den Bereich der Euregios. Wenn wir ausreichend Zeit hätten, könnte ich noch vieles mehr auflisten. Das ist leider nicht möglich.

Herr Brockes, was Ihr - erlauben Sie mir die Formulierung - Fliegenbeinzählen anbelangt, das ein

gewisses intellektuelles Niveau unterschreitet: Frau Staatssekretärin Meckel und ich hätten doch ein Zelt vor der Kommission aufstellen können. Dann hätten Sie uns immer noch gefragt, warum wir eigentlich nicht im Wohnzimmer von Herrn Prodi übernachten.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das ist nicht der Stil, wie wir effektive Politik betreiben. Wir tun das vielmehr auf der Linie unseres Arbeitsprogramms und des proaktiven Ansatzes, und das mit anerkannten Erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort hat nun Ministerin Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren! Die meisten meiner Vorredner haben einen Schwerpunkt auf Europa gelegt, sodass ich meine Ausführungen zur Eine-Welt-Politik relativ kurz fassen kann.

Ich will insbesondere auf die FDP eingehen. Ich erinnere mich noch sehr genau daran, dass auch die FDP nach den Terroranschlägen vom 11. September sehr deutlich gesagt hat: Wir müssen die Eine-Welt-Mittel erhöhen. Wir müssen für mehr soziale Gerechtigkeit auf dieser Welt sorgen, damit der Terrorismus nicht nur mit militärischen Mitteln angegangen wird, sondern ihm auch mit einer solidarischen Weltwirtschaft der Boden entzogen wird.

Davon hat sich die gesamte FDP schon lange verabschiedet. Ich finde es sehr schade, dass Sie jedes Jahr hier unisono Kürzungsvorschläge machen.

Die Welt-, die Staatengemeinschaft hat sich ganz andere Ziele gesetzt. Sie hat sich z. B. die globale Gerechtigkeit zum Ziel gesetzt. Ihr Ziel ist, die Anzahl der Menschen, die in Armut auf der Erde leben, zu halbieren und den Menschen den Zugang zu Trinkwasser und Abwasser zu erleichtern.

Das scheint Sie offensichtlich alles nicht zu interessieren. Herr Brockes, was soll man dazu sagen, wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, zwei Zahlen zu addieren? Sie sagen, die Mittel im Eine-Welt-Bereich seien erhöht worden. Das liegt daran, dass wir sowohl Eine-Welt-Mittel im GFG bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit als auch im Einzelplan 10 hatten. Wenn Sie beides zusammentun, ist leider auch der Eine-Welt-Bereich sehr stark gekürzt worden. Aber offensichtlich besitzen Sie noch nicht einmal die in-

tellektuellen Fähigkeiten, um zwei Zahlen zusammenzuzählen. Schade!

Wichtige Stichpunkte werden für uns in diesem Jahr sein, dass wir die internationale UN-Konferenz in Bonn "Renewables" aktiv begleiten werden, dass wir unsere Partnerschaft mit Mpumalanga auch inhaltlich stärker fortsetzen und

(Beifall von Ute Koczy [GRÜNE])

dass wir natürlich Kampagnen wie fairen Handel weiter unterstützen werden.

Es geht uns aber auch um die Umweltbildungs- und Informationsarbeit, weil wir dort die Schwerpunkte setzen. Mit der Stiftung haben wir einen guten Partner. Wir versuchen, das neue Programm "kommunale Zusammenarbeit", welches nun in meinem Etat etatisiert ist, so unbürokratisch wie möglich den Kommunen für Eine-Welt-Arbeit zur Verfügung zu stellen. - Vielen Dank für Ihre Geduld so spät am Abend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin. Auch hier eine vorbildliche Disziplin. - Wir haben damit den Bereich 12 - Europa und Eine-Welt - beendet. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 02** - Ministerpräsident - entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4802. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Ich weise darauf hin, dass die Abstimmung über den Einzelplan 10 erst am Donnerstag nach der Abstimmung über den Bereich 7 - Umwelt- und Landesplanung - erfolgt.

Ich rufe **Bereich 13** auf:

Migration

Damit ist der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4811 und auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4923 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Eckhold das Wort.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einigen harten Fakten beginnen. Die wichtigsten Ergebnisse einer vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik im Jahr 2003 herausgegebenen Studie über junge Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildung und Beruf lauten:

Erstens: "Auszubildende aus Zuwandererfamilien haben nicht nur geringere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz als einheimische deutsche Jugendliche, sondern es gibt auch Anzeichen, dass sich der Rückstand wieder vergrößert."

Zweitens: "Bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist nach wie vor ein stark verengtes Berufsspektrum zu beobachten. In den neuen Berufen sind die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verschwindend gering. Dies gilt insbesondere für die zukunftssträchtigen Ausbildungsberufe im Informations- und Telekommunikationsbereich."

Drittens: "Im Hochschulbereich sind die größten Rückstände bei der Bildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen."

Wie Sie sehen, kommt diese Studie zu einem insgesamt verheerenden Ergebnis. Die soziale Mobilität der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien hat nicht nur nicht zugenommen, sondern sie hat in den letzten Jahren sogar abgenommen. Ein fatales Zeugnis kann man einer Integrationspolitik nicht ausstellen, denn vor allem auf die Jugendlichen kommt es an.

Bereits in zehn Jahren werden wir in vielen deutschen Großstädten einen Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 50 % haben. Was die angesichts dieser Größenordnung mangelnde soziale Mobilität dieser Menschen für die Zukunft Deutschlands bedeutet, kann sich jeder leicht ausmalen.

Was tut die Landesregierung? Sie kürzt die Mittel für die Integrationsmaßnahmen im Doppelhaushalt 2004/2005 real um 40 %, und das, obwohl alle Fraktionen 2001 eine richtungweisende Integrationsoffensive für NRW beschlossen haben. Diese Kürzungen machen eine gute Integrationspolitik nahezu unmöglich. Sie zeigen das Desinteresse der Landesregierung am parlamentarischen Willen.

Rot-Grün argumentiert immer damit, dass durch die Streichungen vor allem Mittel für das Zuwanderungsgesetz des Bundes bereitgestellt werden,